

# Satzung

## § 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e. V.“ (in der Kurzform „AGFK Niedersachsen/Bremen“).
2. Der Verein hat den Sitz in Hannover.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

## § 2 Der Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ (§§ 51-69) der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Zweck des Vereins ist die Förderung von Umweltschutz und Erziehung und zwar durch systematische Förderung der Nahmobilität und hier schwerpunktmäßig des Radverkehrs, um insbesondere den Verkehrsanteil des Radverkehrs zu erhöhen und die Verkehrssicherheit der Radfahrenden zu verbessern.
4. Im Rahmen dieser Zielsetzungen stellt sich der Verein zur Art und Weise der Verwirklichung insbesondere folgende Aufgaben
  - a) Interessenvertretung gegenüber den Ländern Niedersachsen und Bremen, dem Bund und weiteren Akteuren,
  - b) Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern,
  - c) Beratung und Hilfestellung unter den Mitgliedern,
  - d) Darstellung der Belange fahrradfreundlicher Kommunen gegenüber der Öffentlichkeit,
  - e) Durchführung gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit, auch in Verbindung mit den Ländern Niedersachsen und Bremen sowie mit Verbänden und Institutionen,
  - f) Entwicklung und Durchführung von konkreten Projekten, vorbildlichen Praxisbeispielen und Aktionen,
  - g) Organisation von Fortbildungsveranstaltungen und Beratung.
5. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
6. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks

## **Satzung**

fällt das Vermögen des Vereins an die Mitgliedskommunen (Körperschaften des öffentlichen Rechts), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben.

### **§ 3 Mitgliedschaft**

1. Mitglied des Vereins können nur kommunale Gebietskörperschaften, deren Zusammenschlüsse sowie Aufgabenträger kommunaler Gebietskörperschaften werden.
2. Die Aufnahme als Mitglied setzt die Erfüllung der Aufnahmekriterien voraus. Die Aufnahmekriterien legt die Mitgliederversammlung fest.
3. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet auf schriftlichen Antrag der Vorstand.
4. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern und regelmäßig seine Mitgliedsbeiträge zu leisten.
5. Mitglieder der AGFK Niedersachsen/Bremen können bei den in ihren Bundesländern für das Verkehrswesen zuständigen Ministerien einen Antrag auf Verleihung der Eigenschaft „Fahrradfreundliche Kommune“ (Zertifizierung) stellen. Hierzu wird eine unabhängige Prüfungskommission unter Leitung der AGFK gegenüber dem Ministerium eine Empfehlung abgeben. Diese wird in Abstimmung mit der AGFK vom Ministerium einberufen.

### **§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet durch
  - a) Austritt,
  - b) Ausschluss aus dem Verein.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verein. Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten erfolgen.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands ausgeschlossen werden. Der Beschluss ist nur aus einem wichtigen Grund zulässig. Wichtige Gründe sind insbesondere,
  - a) wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat. Ein grober Verstoß gegen die Vereinsinteressen liegt insbesondere vor, wenn ein Mitglied trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge rückständig bleibt,
  - b) wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung und damit gegen den Zweck des

## **Satzung**

Vereins in erheblichem Maße oder wiederholt verstoßen hat,

- c) wenn die Bewertungskriterien für die Aufnahme in den Verein durch das Mitglied nicht mehr erfüllt werden,
- d) wenn das Mitglied vorsätzlich der Zertifizierung im Sinne von § 3 Abs. 5 bzw. den Voraussetzungen, die der Erteilung der Zertifizierung zugrunde lagen, zuwider handelt.

Vor der Beschlussfassung ist dem betroffenen Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich zu den schriftlich mitgeteilten Ausschlussgründen persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu äußern.

- 4. Der Beschluss über den Ausschluss ist zu begründen und dem betroffenen Mitglied mittels Einschreiben bekannt zu machen. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied das Recht zur Berufung zu, über die die Mitgliederversammlung endgültig entscheidet. Die Berufung ist schriftlich innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschlussbeschlusses beim Vorstand einzulegen. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung, sofern nicht der Vorstand aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls die sofortige Vollziehung anordnet. Die Mitgliedschaft ist beendet, wenn die Berufungsfrist versäumt wird oder wenn die Mitgliederversammlung den Ausschluss bestätigt. Mitgliedsbeiträge werden für das laufende Jahr nicht zurückerstattet.

### **§ 5 Finanzierung des Vereins**

- 1. Die Mittel des Vereins werden aus Mitgliedsbeiträgen, Zuwendungen und Spenden aufgebracht.
- 2. Der Verein erhebt einmal jährlich einen Mitgliedsbeitrag bei den Mitgliedern des Vereins. Er dient der Finanzierung insbesondere der
  - a) Vereinszwecke gemäß § 2 sowie der
  - b) Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle und der Geschäftsführung.

Die Höhe und die Fälligkeit der zu erbringenden Mitgliedsbeiträge werden durch die Mitgliederversammlung festgesetzt. Näheres regelt eine Beitragssatzung.

- 3. Die Kassenprüfung erfolgt jährlich durch die gewählten Kassenprüfer/innen.

### **§ 6 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand,

## **Satzung**

- b) die Mitgliederversammlung.

### **§ 7 Mitgliederversammlung**

1. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. In der Mitgliederversammlung werden die Mitglieder jeweils entweder durch eine gesetzliche Vertreterin oder einen gesetzlichen Vertreter des Mitglieds oder durch eine mittels schriftlicher Vollmacht stimmberechtigte Vertretung des Mitglieds vertreten.
2. Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über die folgenden Angelegenheiten des Vereins:
  - a) Sie erlässt die Satzung des Vereins und beschließt über Satzungsänderungen.
  - b) Sie wählt die Vorstandsmitglieder.
  - c) Sie beschließt über Maßnahmen, die zu einer wesentlichen Änderung in der Zusammensetzung des Vermögens des Vereins führen können.
  - d) Sie nimmt den Jahresbericht entgegen und genehmigt den Jahresabschluss.
  - e) Sie beschließt über die Entlastung des Vorstandes.
  - f) Sie wählt zwei Kassenprüfer/innen und zwei Vertreter/innen für die Dauer von drei Jahren.
  - g) Sie richtet Arbeitskreise ein.
  - h) Sie legt die Aufnahmekriterien fest.
  - i) Sie legt den Mitgliedsbeitrag fest.
  - j) Sie beschließt nach fristgerechter Berufung des betroffenen Mitglieds über den Ausschluss eines Mitglieds.
  - k) Sie verabschiedet die Geschäftsordnung.
  - l) Sie beruft den Beirat auf Vorschlag des Vorstandes.
  - m) Sie beschließt über die Auflösung des Vereins.

### **§ 8 Einberufung der Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist einzuberufen,
  - a) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
  - b) wenn ein Minderheitenantrag gemäß § 37 BGB vorliegt, jedoch
  - c) mindestens einmal jährlich.

## **Satzung**

2. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand bzw. von der Geschäftsführung schriftlich oder in elektronischer Form (z. B. E-Mail) mit einer Frist von mindestens vier Wochen einzuberufen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf zwei Wochen verkürzt werden. Mit der Einberufung wird eine vorläufige Tagesordnung versandt.
3. Die Frist beginnt mit dem Tage der Absendung der Einladung an die letzte dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung bekannte Anschrift des Mitglieds.

### **§ 9 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung**

1. Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung.
2. Sie fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.
3. Zur Änderung der Satzung oder zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
4. Jeder Beschluss über die Änderung des Vereinszweckes ist vor dessen Anmeldung beim Registergericht dem zuständigen Finanzamt vorzulegen.
5. Die Mitgliederversammlung wird von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Vorstandes, im Falle seiner Verhinderung von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter geleitet. Ist auch diese/r verhindert, so führt ein anderes Mitglied des Vorstandes den Vorsitz. Wird während der Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt, so muss die Versammlungsleitung nicht wechseln.
6. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist unter Angabe von Ort und Zeit der Versammlung sowie des Abstimmungsergebnisses ein Protokoll aufzunehmen und von der protokollführenden Person zu unterzeichnen. Die Protokollführung liegt bei der Geschäftsstelle. Ist diese verhindert, bestimmt die Versammlungsleiterin oder der Versammlungsleiter eine protokollführende Person.
7. Eine Abschrift des Versammlungsprotokolls ist den Mitgliedern innerhalb von drei Wochen nach der Versammlung schriftlich oder in elektronischer Form (z. B. E-Mail) zu übersenden.
8. Geht innerhalb weiterer zwei Wochen kein Einspruch ein, gilt das Protokoll als genehmigt. Über einen Einspruch entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.

### **§ 10 Vorstand**

1. Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus
  - a) der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden,

## **Satzung**

- b) der Stellvertretung sowie
  - c) weiteren Vorstandsmitgliedern.
2. Die Vorstandsmitglieder werden aus der Mitgliederversammlung heraus für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie bleiben bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Wiederwahl/en sind zulässig. Mitglieder des Vorstands können neben den Mitgliedern des Vereins auch natürliche Personen sein, die bei einem bzw. für ein Mitglied des Vereins tätig sind; mit der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand. Dies gilt auch für die im Vorstand tätigen natürlichen Personen.
  3. Sofern ein Vorstandsmitglied für das Mitglied des Vereins nicht mehr tätig ist, ist dies den anderen Vorstandsmitgliedern unverzüglich mitzuteilen. Die Bestellung zum Vorstandsmitglied kann jederzeit von der Mitgliederversammlung widerrufen werden. Sollte in einer Mitgliederversammlung nicht der gesamte Vorstand neu zu wählen sein, dann erfolgt die Nachwahl nur für die Restdauer der Amtszeit des bereits gewählten Vorstands.
  4. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins. Anfallende Kosten werden von der jeweiligen Kommune bzw. deren Zusammenschluss oder Aufgabenträger kommunaler Gebietskörperschaften des Vorstandsmitglieds getragen. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden, die Stellvertretung und die weiteren Vorstandsmitglieder je einzeln vertreten, soweit dies nicht auf die Geschäftsführung übertragen ist. Der Vorstand ist Vorgesetzte bzw. Vorgesetzter der Geschäftsführung. Die Stellvertretung und die weiteren Vorstandsmitglieder werden im Innenverhältnis angewiesen, von der Vertretungsbefugnis nur im Falle der Verhinderung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden Gebrauch zu machen.
  5. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind.
  6. Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. An den Sitzungen nimmt die Geschäftsführung mit beratender Stimme teil. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Eine Einberufungsfrist von vier Wochen soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Für die Beschlussfassung gilt § 28 i. V. m. § 32 BGB mit der Maßgabe, dass bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden Ausschlag gibt.
  7. Der Vorstand ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
  8. Der Vorstand bestellt die Geschäftsführung.

### **§ 10a Geschäftsführung**

1. Die Geschäftsführung wird als besonderer Vertreter i.S.v. § 30 BGB bestellt. Sie ist an

## **Satzung**

die Weisungen des Vorstands gebunden.

2. Der Vorstand beschließt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage über die Vergütung oder pauschalierte Aufwandsentschädigung der Geschäftsführung.
3. Der Geschäftsführung obliegen die Erledigung der laufenden Geschäfte des Vereins und die Leitung der Geschäftsstelle. Insbesondere ist die Geschäftsführung für die Personalangelegenheiten des Vereins zuständig. Soweit diese Satzung nichts Abweichendes bestimmt, werden der genaue Umfang der Befugnisse und die Aufgabenbereiche durch den Vorstand bestimmt.
4. Die Geschäftsführung unterrichtet den Vorstand laufend über alle wichtigen Angelegenheiten und die Lage des Vereins.
5. Der Geschäftsführung obliegen die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, des Vorstandes und der Arbeitskreise, die Verwaltung der Finanzen und die Erstellung des Jahresberichts.
6. Die Geschäftsführung hat der Mitgliederversammlung und dem Vorstand Rechenschaft über die finanziellen Einnahmen und Ausgaben des Vereins abzulegen.

### **§ 11 Geschäftsstelle**

Die Verwaltung des Vereins erfolgt durch eine Geschäftsstelle. Die Mitgliederversammlung kann eine Mitgliedskommune oder einen Dritten gegen eine angemessene Vergütung mit dem Betrieb dieser Geschäftsstelle beauftragen. Dieser Vertrag soll sich automatisch um jeweils ein Jahr verlängern, wenn er nicht mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt wird.

### **§ 12 Der ständige Arbeitskreis Radverkehr**

1. Der ständige Arbeitskreis Radverkehr umfasst die für den Radverkehr zuständigen Planerinnen und Planer der einzelnen Mitgliedskommunen. Sie werden von den Kommunen namentlich benannt. Weiteres Mitglied des Arbeitskreises ist die Geschäftsführung, der auch die Leitung des Arbeitskreises obliegt.
2. Die Aufgabe des Arbeitskreises ist es, langfristige Zielrichtungen und Strategien zu entwickeln. Der Arbeitskreis entwickelt und begleitet die laufenden Projekte und Aktivitäten auf der Grundlage der Jahresplanung. Er berät den Jahresplan und gibt eine Empfehlung an den Vorstand. Er kann zu seiner Unterstützung Unterarbeitskreise einrichten. In den Arbeitskreis und in die Unterarbeitskreise können auch Verbände und andere Institutionen eingeladen werden teilnehmen.
3. Der ständige Arbeitskreis Radverkehr berät den Vorstand und die Mitgliederversamm-

## **Satzung**

lung in wichtigen Vereinsangelegenheiten, die insbesondere der Förderung des Vereinszwecks dienen.

4. Mindestens einmal jährlich ist eine Sitzung des Arbeitskreises durch die Geschäftsführung einzuberufen.

### **§ 13 Beirat**

1. Die Mitgliederversammlung benennt einen Beirat zur fachlichen und politischen Unterstützung der Arbeit der AGFK und zur Vernetzung der kommunalen Aktivitäten zur Radverkehrsförderung auf Landesebene.
2. Die Mitglieder des Beirats werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl erfolgt auf Widerruf. Zusätzlich sind das Land Niedersachsen, das Land Bremen, die TourismusMarketing Niedersachsen GmbH, die Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V. sowie die kommunalen Spitzenverbände ständige Mitglieder im Beirat.
3. In den Beirat können durch die Mitgliederversammlung Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen berufen werden, die geeignet sind, den Verein in der Erreichung seines Vereinszwecks zu unterstützen. Darüber hinaus können Gäste eingeladen werden.
4. Der Beirat berät den Vorstand in allen wichtigen Fragen der Nahmobilität und des Radverkehrs. Die Mitglieder können gebeten werden, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen. Die Empfehlungen des Beirats sind für den Vorstand nicht bindend.
5. Die Arbeit im Beirat ist ehrenamtlich.
6. Der Beirat tagt einmal jährlich. Für die Beschlussfassung gilt § 9 Abs. 2 entsprechend.

### **§ 14 Auflösung des Vereins**

1. Der Verein kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Für den Beschluss ist eine  $\frac{3}{4}$  - Mehrheit erforderlich.
2. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind die Vorsitzende oder der Vorsitzende und die Stellvertretung gemeinsam vertretungsberichtigte Liquidatoren.



## **Satzung**

### **§ 15 Schlussbestimmungen**

1. Die Kosten der Gründung trägt der Verein.
2. Diese Satzung ersetzt die Satzung in der Fassung vom 21. Mai 2015.
3. Der Vorstand wird ermächtigt, Korrekturen der Satzung, die das Registergericht anlässlich der Eintragung verlangt oder die zur Erlangung der Anerkennung der Gemeinnützigkeit erforderlich sind, vorzunehmen.

Wolfenbüttel, 27. August 2018